68. Jahrgang. № 129 Donnerstag, 24. April 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1924 bei täglich zweimalig. Zustellung frei Haus 1.80 Goldmark. Postbezugspreis für Monat April 2.52 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für gewerbl. 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offerengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Fortschritt-Schuhe Neustadt Fortschritt-Schuhe

Denkt an die verlorenen Kolonien!

Heute vor vierzig Jahren erklärte Fürst Bismarck der englischen Regierung durch den deutschen Konsul in Kapstadt, daß die Erwerbungen des deutschen Kaufmanns Lüderitz in dem damaligen Angra Pequena, dem heutigen Südwestafrika, fortan unter dem Schutz des Deutschen Reiches ständen. Den 24. April 1884 darf man daher als den Geburtstag der aktiven deutschen Kolonialpolitik bezeichnen. Am 22. Juni desselben Jahres wurde die deutsche Schutzherrschaft anerkannt und am 5. Juli wehte die deutsche Reichsflagge zum ersten Male über Togo, am 14. Juli über Kamerun.

Schwindender Optimismus über das Gutachten

Dr. Heinze über das Pariser Programm.

Für eine große bürgerliche Koalition.

Hamburg, 23. April. Der frühere Reichsjustizminister Dr. Heinze sagte gestern in einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei, das Sachverständigen-Gutachten sei sehr kompliziert. Klar sei jedoch, daß es uns ungeheure Lasten auferlege, die deutsche Souveränität beeinträchtige und zweifelhaft lasse, was aus den Sanktionen werden solle. **Großes Mißtrauen sei daher geboten. Unter keinen Umständen dürfe man unerfüllbaren Forderungen zustimmen. Es sei ein großer Fehler der Sozialdemokraten, das Sachverständigen-Gutachten zur Wahlparole zu machen und dessen bedingungslose Annahme zu fordern.** Die Regierung dürfe auf keinen Fall weitergehen, als daß sie erkläre, das Gutachten zur Grundlage von Verhandlungen machen zu wollen; denn sie könnte unmöglich Bedingungen zustimmen, deren Entscheidung erst von dem kommenden Reichstag abhängt. Wir müssen eine außerordentlich aktive auswärtige Politik treiben, aber keine Politik der Uebereilung und Unvorsichtigkeit, wohl aber müsse man die Schuldlüge festnageln. **Das sei der erste Schritt zur Aufhebung des Friedensvertrags von Versailles.** Wir müssen zu Bismarck, zu der schwarz-weiß-roten Fahne zurück. Wir müssen einen Reichstag wählen, der eine **große bürgerliche Koalition** ermögliche.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 23. April. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner gestrigen Sitzung zu den aktuellen Fragen der Außenpolitik, besonders den durch das Sachverständigengutachten notwendig werdenden Verhandlungen, Stellung genommen. Er ist, wie er dem Reichskanzler Dr. Marx in einem Schreiben mitteilte, geneigt, die Regierung bei ihrem Bemühen, zu einer Verständigung zu kommen, zu unterstützen. **Er müsse jedoch für die Deutsche Volkspartei entscheidenden Wert darauf legen, daß keine endgültige Regelung getroffen werde, ohne daß die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Befreiung der Gefangenen in einer die deutschen Interessen befriedigenden Weise sichergestellt werden.**

Graf Westarp zum Sachverständigengutachten.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. April. In Treptow sprach gestern Graf Westarp in einer Rede zu den Wahlen. Er verurteilte dabei aufs schärfste das Gutachten der Sachverständigen und erklärte, daß deutsche Volk habe am 4. Mai darüber zu entscheiden, ob es dieses Gutachten annehmen oder ablehnen wolle.

Die nächste Sitzung der Repko.

Paris, 23. April. Die nächste Sitzung der Repko findet erst in der kommenden Woche statt. Die Kommission will erst abwarten, bis die Antworten der verbündeten Regierungen auf ihre Mitteilung vom Karfreitag vorliegen. **Bisher ist noch von keiner der verbündeten Regierungen eine Antwort eingegangen, auch von der französischen nicht.** Der viel besprochene Brief Poincarés an Barthou ist nicht an das Präsidium der Repko, sondern an die französische Delegation gerichtet.

Paris, 23. April. Der Mitinhaber des Bankhauses Morgan, David W. Morrow, soll, dem „Matin" zufolge, in den nächsten Tagen mit der Vorbereitung der 800-Millionen-Goldanleihe beauftragt werden.

Poincaré wird über den Beschluß der Repko sprechen.

Paris, 23. April. Die republikanische Vereinigung von Frankreich ist heute unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Isaak, der in der Kammer der Gruppe Arago angehört, zu einem Kongreß zusammengetreten. Der Kongreß wird morgen abend mit einem Bankett geschlossen, auf dem der Ministerpräsident Poincaré eine Rede halten wird. Nach dem „Echo de Paris" wird Poincaré den Standpunkt der französischen Regierung zum Beschluß der Reparationskommission über die weitere Behandlung des Sachverständigenberichts erörtern. (W. T. B.)

Frankreich und Coolidges Ablehnung des Völkerbundes.

Paris, 23. April. Zur Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten schreibt der „Temps", der Präsident der Vereinigten Staaten habe den Bericht der Sachverständigen gelobt und verlange, daß seine Mitbürger die vorgesehene Anleihe zeichneten. Das sei eine wichtige Empfehlung. Der „Temps" hofft, daß Präsident Coolidge in weitgehendem Maße zur Regelung beitragen werde, die alle Menschen guten Willens erhofften. Der Präsident habe außerdem angekündigt, daß er vielleicht eine Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen zu Lande, in der Luft und unter Wasser einberufen werde, wenn das Reparationsproblem geregelt sei. Welche Garantie, fragt das Blatt, werde man den Ländern bieten, die ihre Rüstungen einschränken würden? Coolidge habe in der bestimmtesten Weise erklärt, daß er den Völkerbund endgültig zurückweise. Vielleicht würde er das weniger stark betont haben, wenn er nicht Führer einer Partei und zu gleicher Zeit der Chef einer Regierung wäre. Den Bannstrahl, den er gegen Genf geschleudert habe, sei er seiner Partei schuldig gewesen.

Kolonialgedenktag.

Der heutige Gedenktag, über dem die Weihe eines nationalen Feiertages ruht, ist dazu bestimmt, dem deutschen Volke und der Welt ins Gedächtnis zu rufen, daß unser Recht auf Kolonien durch das Gewaltdiktat von Versailles nicht ausgelöscht ist, sondern unveräußerlich und unverjährbar fortbesteht, bis wir wieder in den Besitz dessen gelangt sind, was uns gebührt. Am 24. April 1884 erging die geschichtlich berühmte Depesche des Fürsten Bismarck an den deutschen Konsul in Kapstadt, die das von dem Bremer Kaufherrn Lüderitz in Afrika erworbene Land unter den Schutz des Deutschen Reiches stellte. In rascher Folge wurden dann Togo, Kamerun, die Südseeinseln und Ostafrika ebenfalls amtlich als deutscher Kolonialbesitz anerkannt, und damit war das Deutsche Reich in die Reihe der großen Kolonialmächte eingetreten. Daß an dieser Entwicklung nichts Künstliches, Krampfhaftes, Gemachtes war, daß es sich dabei nicht bloß um die Befriedigung eines hanseatischen Sonderinteresses handelte, sondern daß unsere Kolonialpolitik geboren wurde aus einem unwiderstehlichen, schicksalsvollen Drange der ganzen Nation, bewiesen die bedeutsamen Fortschritte, die wir zielsicher und arbeitsfreudig auf allen Gebieten unserer kolonialen Betätigung machten und die uns auch sehr bald die Anerkennung vorurteilsloser Ausländer eintrugen. Nur eins dieser Urteile sei hier verzeichnet. Theodore Roosevelt hat in den Aufzeichnungen über seine ostafrikanischen Reisen den dortigen deutschen Pflanzern, Zivilbeamten und Offizieren folgendes bemerkenswerte Denkmal gesetzt: „Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft. Wenn man sie sah, so verstand man leicht, warum Deutschland in Ostafrika zusehends emporgeblüht ist. Es sind erstklassige Menschen, diese Deutschen. Sie verrichten in Ostafrika ein Werk, das der ganzen Menschheit zugute kommt." Und nicht nur in Ostafrika, auch überall sonst, wo der Deutsche seinen Fuß auf kolonialen Boden setzte, entfaltete sich in überraschend kurzer Zeit Blüte um Blüte am Baume der deutschen Kolonialpolitik, die durch eine sorgfältige zivilisatorische Einwirkung auf die Eingeborenen, durch Kultivierung des Bodens in weitestem Umfange und durch den Ausbau eines umfassenden Eisenbahnnetzes ihre Befähigung in reichem Maße vor aller Welt bewies. Und dennoch wagte die Entente, uns Deutschen im Friedensvertrage die unerhörte Schmach der Behauptung anzutun, daß wir nicht zu den „fortgeschrittenen Nationen" gehörten, denen man den Schutz eingeborener Völker anvertrauen dürfe! Das nahmen sich England und Frankreich heraus, deren koloniale Geschichte durch schlimme Grausamkeiten gegen die Eingeborenen befleckt ist und teilweise von Blut geradezu triefe! Wilson scheute sich nicht, diesen Standpunkt zu dem seinigen zu machen, und erklärte zur Begründung des schnöden Kolonialraubes, der in Versailles an Deutschland vollzogen wurde, skrupellos, „Deutschland habe den hilflosen Völkern einiger seiner Kolonien unerträgliche Lasten auferlegt und sei daher unwürdig, eine koloniale Mission noch ferner auszuüben". So besiegelte die Entente in Versailles das koloniale Mandat des Völkerbundes, der statutengemäß die deutschen Kolonien an einzelne Mächte zur Verwaltung unter seiner Oberaufsicht übertragen sollte. England, Frankreich und Japan haben sich aber an diese Vorschrift nicht gekehrt, sondern kurzerhand die gesamten deutschen Kolonien unter sich aufgeteilt. An diesen unerhörten Rechtsbruch die Kulturwelt mit aller Eindringlichkeit wieder zu erinnern und Deutschlands Anspruch auf eigene Kolonien als unauslöschlich festzustellen, dazu soll die Feier des 24. April dienen.

Doch noch etwas anderes hämmert uns der heutige Tag ins Gedächtnis, indem er uns zwingt, der nationalen Sünden zu gedenken, die in einer trüben Epoche unserer Vergangenheit von Deutschen selbst gegen unsere kolonialen Interessen begangen wurden. Nur zu oft hatte die deutsche öffentliche Meinung Anlaß, über die Vorgänge im Kolonialausschuß und über gewisse Reichstagsreden bei der Beratung des Kolonialhaushalts empört zu sein. Vor allem tat sich dabei Erzberger hervor, der Hand in Hand mit der für koloniale Bedürfnisse völlig unempfindlichen Sozialdemokratie immer auf dem Plane war, um der Leitung der deutschen Kolonialpolitik in den Arm zu fallen und unsere kolonialen Bahnbrecher zu verketzern. Man denke nur an die Kübel voll Schmutz, die über einen Mann wie Dr. Karl Peters ausgegossen wurden, bis er die Gehässigkeiten satt bekam und

Die Eisenbahnkatastrophe am Gotthardtunnel.

30 Tote und über 50 Verletzte.

Berlin, 23. April. **Die Zahl der Opfer der Gotthardbahnkatastrophe wird jetzt mit über 30 Getöteten und über 50 Verwundeten angegeben. Fast das gesamte Personal der Maschinen und der Heizwagen befindet sich unter den Opfern.**

Die schweizerische Generaldirektion der Bundesbahnen teilt amtlich mit: Das Eisenbahnunglück wäre jedenfalls ohne die große Zahl von Todesopfern abgelaufen, wenn nicht der badische Wagen durch die Gasexplosion in Brand geraten wäre. Die neuen Schnellzugswagen, die auf der Gotthardbahnlinie Verwendung finden, sind derart stark gebaut, daß sie einen Zusammenstoß aushalten, ohne in Trümmer zu gehen. Zwei Berliner Familien, Forthmann und Wolfmann, zusammen sieben Personen, befinden sich unter den 13 Verunglückten, die in das Bürgerspital von Bellinzona eingeliefert wurden. Ferner fanden dort Aufnahme ein Reisender Otto Karl aus Bremen und E. Brühl aus Wien. Die größte Zahl der Opfer ist in den beiden verbrannten Wagen zu beklagen. Die genaue Feststellung der Opfer ist sehr schwer, weil zum Teil nur noch verkohlte Ueberreste vorhanden sind. Der Schaden der Katastrophe wird auf über fünf Millionen Franken geschätzt. Der verantwortliche Maschinenführer, der das geschlossene Einfahrtssignal nicht beachtet hatte, wurde getötet und der Heizer schwer verletzt. **Bei dem Unglück kam auch eine ganze deutsch-schweizerische Familie von fünf Personen ums Leben.**

Wieder monatliche Vorauszahlung der Beamtengehälter.

Berlin, 23. April. Obgleich die Finanzlage des Reichs immer noch sehr gespannt ist, hat sich der Reichsminister der Finanzen doch entschlossen, den Reichsbeamten am 30. April 1294 die Bezüge wieder für einen ganzen Monat im voraus zahlen zu lassen. Er glaubt die Verantwortung für diese Maßnahme trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten im Interesse der Beamtenschaft auf sich nehmen zu müssen. Nach Wiedereinführung der monatlichen Vorauszahlung der Bezüge werden die Beamten gut daran tun, sich wieder ein Bankkonto einzurichten und ihre monatlichen Bezüge auf dieses Konto überweisen zu lassen und zwar sowohl aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen, als auch insbesondere zur Förderung der gemeinnützigen Beamtenbanken usw., um die zeitweise von den einzelnen Beamten nicht benötigten Beträge für die gesamte Beamtenschaft und deren Selbsthilfseinrichtungen nutzbar zu machen. Es ist zu erwarten, daß die Länder und Gemeinden, soweit es ihre Finanzlage irgend gestattet, sich dem Vorgehen des Reiches anschließen werden. (W. T. B.)

Eine neue deutsche republikanische Tageszeitung.

Berlin, 23. April. Die republikanische Partei Deutschlands gibt eine neue republikanische Tageszeitung unter dem Titel „Die Nation" (Tribüne der Republik) heraus.